Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Carl Hoffmann in Bielefeld.**

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10 Uhr** vormittags.

Druck und Verlag der **Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.**

Nr. 10 — **Bielefeld, Montag, 13. Januar 1896** — **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 11. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Berlepsch, und v. Böttticher.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung.

Ein schleuniger Antrag Auer auf Einstellung eines gegen den Abg. Schmidt-Frankfurt schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session wird debattelos genehmigt.

Die Beratung des Börsengesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Schönlank (Soz.) verliest aus Gründen der Loyalität ein ihm zugegangenes Schreiben des Professors Moritz Meyer, in welchem dieser erklärt, daß der Frankfurter „Aktionär" seine verleumderischen Behauptungen später zurückgenommen hat, daß er auch im Besitz eines Schreibens des Verlegers der „Voss. Ztg." ist, worin der Verlag ihm bescheinigt hat, daß seine Entlassung nicht erfolgt sei, weil der Verlag an die Anschuldigungen geglaubt habe, sondern weil er sich dienstlichen Anordnungen widersetzt habe. Das Material könne er nicht beilegen, weil es sich beim Kultusministerium befinde.

Abg. Dr. Bachem (Z.) kommt auf den Angriff einer Broschüre gegen den Handelsredakteur Traub von der „Köln. Volksztg." zurück, den gestern der Abg. Liebermann von Sonnenberg erwähnt hatte. Gegen Traub liege nicht der Schatten eines Beweises dafür vor, daß er jemals unlautere Börsenmanipulationen in der „Köln. Volksztg." unterstützt habe. Redner verliest Telegramme des Verlegers der „Köln. Volksztg." und des Herrn Traub, worin diese die Behauptungen der Broschüre mit Entrüstung zurückweisen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg erklärt, er habe dem Herrn Traub keinen Vorwurf machen, sondern nur Gelegenheit zur Klarstellung geben wollen. (Allgemeines Gelächter.)

Abg. Dr. Hahn (wildkons.): Herr Beyme, den Dr. Schönlank gestern erwähnte, ist kein Anhänger der Kanitzerei. Im Gegenteil: seiner Gegnerschaft gegen den Antrag Kanitz verdankte er die Berufung in den Staatsrat (Heiterkeit rechts), wo es sich für das Staatsministerium darum gehandelt zu haben scheint, möglichst viel Landwirte zu versammeln, die Gegner des Antrages Kanitz waren. Redner polemisiert gegen den Abg. Dr. Fischbeck, der auch den Allüren nach eine Duodezausgabe Eugen Richters sei. Zur Sache selber empfiehlt er die Errichtung einer Reichsemissionsbehörde. Ueber die Notwendigkeit eines Börsenausschusses zu sprechen hieße Eulen nach Athen oder Juden an die Berliner Börse tragen. (Heiterkeit rechts.) Die Regierung habe sich der deutschen Gläubiger nicht genügend gegen bankbrüchige Staaten wie Portugal und Griechenland angenommen. Gerade auf dem Gebiet der Kolonialpolitik könne Portugal schwer getroffen und zu einer Verpfändung seiner afrikanischen Gebietsteile an Deutschland gezwungen werden (Lachen links), bis es seinen Verpflichtungen nachkomme. Dem staatlichen Börsenkommissar müsse Polizeigewalt gegeben werden, um gegen den Unfug, gegen die Verbreitung falscher Gerüchte usw. einzuschreiten und die Makler von der Abhängigkeit von den großen Emissionsbanken zu befreien, kurz Disziplinarbefugnisse auszuüben. Der Terminhandel in Kammzug an der Leipziger Börse müsse verboten werden. Wenn dagegen die Befürchtung geltend gemacht werde, daß der Terminhandel in Kammzug nach Belgien wandere, und daß dann Belgien das Fett abschöpfen werde, so sei in Betracht zu ziehen, daß Deutschland es in der Hand habe, durch handelspolitische Nachteile Belgien zu zwingen, auch seinerseits den Terminhandel in Kammzug zu verbieten. (Lachen links.) Redner plädiert für eine bessere Fürsorge für die Bankbeamten. Die großen Banken müßten verpflichtet werden, in sozialpolitischer Beziehung mehr wie bisher für ihre Beamten zu thun; statt dessen hätten die Berliner Banken jetzt ein geheimes Kartell geschlossen, das Bankbeamten, die eine Stellung aufgäben, das Fortkommen erschwere. Redner hofft, daß die Börsenreform den kranken Körper des wirtschaftlichen Organismus heilen werde, der an einer gewissen großkapitalistischen Fettsucht leide, während die Beine, der Mittelstand, schwach würden. (Beifall rechts.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole) begrüßt die Börsenreform als einen Versuch, die Grundsätze von Treu und Glauben im Börsenverkehr einzuführen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Vorlage wird fast einstimmig an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Graf Kanitz regt an, dieser Kommission Stenographen beizugeben.

Abg. Spahn (Zentrum) hält diese Frage für eine innere Angelegenheit der Kommission.

Präsident von Buol schließt sich dieser Ansicht an. Das Haus ist damit einverstanden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln (Margarinegesetz.)

Abg. Dr. Bachem (Ztr.): Ich begrüße das Gesetz mit Freude, weil es gewisse Unredlichkeiten im Verkehr mit einem wichtigen Nahrungsmittel beseitigen will. Ein Teil meiner Freunde kann allerdings dem Gesetze nicht zustimmen. Zweifellos wird der Butterhandel durch die Magarine schwer geschädigt. Die Verwendung der Margarine hat einen immer größeren Umfang angenommen, namentlich in Restaurationen, und es wäre daher sehr angebracht, wenn in den Lokalen durch Plakate die Verwendung der Magarine bekannt gegeben werden müßte. Der Gedanke der Färbung ist mir nicht ganz sympathisch. Ich glaube, weite Kreise würden an der Farbe Anstoß nehmen. Ich persönlich kann mir allerdings denken, daß jemand ebenso gern rote oder blaue Margarine ißt, wie er roten oder grünen Käse ißt. Man wird darnach streben müssen, die Naturfarbe der Butter möglichst nachzuahmen. Durch das fortwährende Steigen der Margarineproduktion wird schließlich die Butterproduktion gefährdet. Die Butter producierenden Bauern haben schon thatsächlich großen Schaden erlitten. Läßt man diese Ausführungen gelten, so bleibt kein anderes Mittel übrig, als daß man der Frage der Besteuerung der Margarine kühl und ernsthaft näher tritt. Ich glaube nicht, daß eine Steuer die Verteuerung der Margarine zur Folge haben wird. Die Fabriken arbeiten gegenwärtig mit sehr hohem Gewinn. Selbst wenn eine kleine Verteuerung einträte, so würde man darin nur einen gerechten Ausgleich für die Nachteile sehen dürfen, den die Butterproduzenten Jahre lang gehabt haben. Die Margarine muß um so höher besteuert werden, je ähnlicher sie der Naturbutter hergestellt wird. Gleiche Gefahr wie von der Magarinebutter droht dem Bauernstande von dem Margarinekäse, der vorläufig noch wenig verbreitet ist, aber auch einen großen Aufschwung nehmen wird. Es ist hohe Zeit, daß wir dieser Schädigung des Bauernstandes vorbeugen.

Abg. v. Podbielski (dkons.). Das neue Gesetz ist brauchbarer wie das alte. Wir befürworten es schon aus dem Gesichtspunkte des unlauteren Wettbewerbes und der Nahrungsmittelfälschung. Daß der Vorredner so warm für den Bauernstand eingetreten ist, ist nur dankbar anzuerkennen. Seine Behauptung, daß der Preis der Butter nicht gesunken sei, ist wenigstens nach meinen ostelbischen Erfahrungen unrichtig. Die Margarine ist kein gutes Volksnahrungsmittel, sie enthält Stearin. Wir haben über die Kosaken gelacht, die Talglichte gefressen haben, wir essen aber in der Margarine Stearin. (Heiterkeit.) Die Frage der Färbung ist ziemlich irrelevant. In andern Ländern ist man mit der Margarinegesetzgebung bereits vorangegangen. In Belgien hat man z. B. die Scheidung der Verkaufsräume mit gutem Erfolge durchgeführt. Die Fabrikation von Margarinekäse ist schon sehr bedeutend und doch hat wohl noch niemand wissentlich Margarinekäse gegessen. Er segelt aber unter andrer Flagge, allerdings mag auch ein großer Teil ins Ausland gehen. Die Margarinekäse-Fabrikation sollte ohne weiteres verboten werden. Natürlicher Magerkäse ist ebenso billig, nahrhafter und gesünder. Redner schließt mit der Bitte, die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu [illegible]. (Beifall rechts.)

Abg. Krüger (natlib., auf der Tribüne schwer verständlich) billigt die Vorlage im allgemeinen, wünscht aber verschiedene Erleichterungen, um die Fabrikation nicht zu sehr zu schädigen. Die diskretionäre Gewalt des Bundesrats müsse durch klare Bestimmungen im Gesetz begrenzt werden.

Abg. Müller-Waldeck (Reformp.) sieht in der Vorlage eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustande. Die ehrliche Margarinefabrikation solle durch das Gesetz nicht getroffen werden, das in der Definition des Begriffes „Margarine" vielleicht zu weit ginge. Häufig aber werde die Margarine durch fragwürdige Ersatzstoffe geradezu verfälscht, und dagegen müsse eingeschritten werden. Die aus dem Auslande

---

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

40 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Das nicht —"

„Wie seid Ihr denn aber so oft nach Europa zurückgekehrt und wieder nach Sibirien gekommen?"

„Ich bin eben durchgegangen," lachte der Sträfling.

„Entflohen?"

„Ja — das machen Viele von uns so. Die Liebe zur Heimat treibt uns zurück nach dem Westen, in der Regel greift uns die Polizei jedoch bald wieder auf und sendet uns nach den Minen zurück, wenn uns nicht überhaupt der Hunger zwingt, uns selbst zu stellen."

„Ihr seid zu Zwangsarbeit verurteilt?"

„In den Minen von Kara."

„Lebenslänglich?"

„Ja — doch das will bei mir nicht mehr viel bedeuten." Er hustete wieder.

„Fünfzehnmal," wiederholte Felix gedankenvoll, „das sind hin und zurück dreißigmal — Mann, das ist ja beinahe wie eine zweimalige Umwanderung des Aequators.*) Und Ihr fürchtet Euch nicht, dahin zurückzukehren?"

„Warum sollte ich es? Die Furcht würde mir doch auch nichts helfen. — Uebrigens," setzte er leiser hinzu, „besitze ich ein Mittel, mir jederzeit zur Freiheit zu verhelfen."

„Was für ein Mittel?"

„Seht her."

Der Alte blickte sich forschend um, und als er sah, daß Niemand aufpaßte, zog er vorsichtig ein niedliches Fläschchen aus einer verborgenen Falte seines Kittels, das er triumphirend einen Augenblick emporhob und dann sofort wieder sorgfältig verbarg.

„Was habt Ihr da?" fragte Felix verwundert.

„Ich kann es Euch anvertrauen," entgegnete der Greis. „Leute Eures Schlages plaudern nicht, es ist Gift."

„Gift —".

Ja. Ich hab's von einem Einbruch in einer Apotheke in Nischni her aufgehoben. Wenn man's einmal satt hat, ist's ein kostbares Gut."

Felix empfand tiefen Widerwillen gegen den Greis, der so gleichgiltig von einem Diebstahl sprach. Ein Gefühl unendlicher Demütigung überkam ihn, als er bei sich bedachte, daß man ihn, den hochgebildeten, reinen, ehrenhaften Mann, zum Kumpan solcher Menschen erniedrigt habe, daß er in ihrer Gesellschaft weilen, ihren Zynismus ertragen, ihren Schmutz teilen müsse — er senkte traurig den Kopf und wandte sich ab.

Der erfahrene Alte erriet sofort den Grund seines veränderten Wesens.

„Verzeiht Herr," nahm er in entschuldigendem Tone das Wort, „ich wollte Euch nicht verletzen. Ihr müßt einem armen Teufel, wie mir, was zu Gute halten. Bedenkt, daß mich Niemand erzogen, daß mich Niemand Recht von Unrecht unterscheiden gelehrt hat. Ich will Euch erzählen, wie ich nach Sibirien kam."

„Ihr habt Recht," beruhigte ihn Volkhofski, der sich bereits seines Stolzes schämte. „Verzeiht Ihr mir, daß ich einen Augenblick im Stande war, Euch für Dinge verantwortlich zu machen, an denen Ihr unschuldig seid."

„Wie nennt Ihr Euch?" fragte Volkhofski.

„Iwan Weißnichtmehr."

„Aha — Ihr seid ein Brodjag.**)

„Ich bin auch ein paar Mal wegen Vagabundierens in dieses Land gekommen," sagte er gutmütig. „Seht, Herr, ich bin in einer armen Gegend zu Hause, wo das Korn kümmerlich wächst und für gewöhnlich Schmalhans Küchenmeister ist. Wenn aber gar das Bischen Ernte nicht gedeiht, so herrscht eine gräßliche Hungersnot. Als ich jung war, war noch die Leibeigenschaft — wir mußten in der Woche für den gnädigen Herrn arbeiten und höchstens den Sonntag hatten wir für uns. Unterricht gab es nicht, es genügte, wenn wir einen krummen Buckel machen und sagen lernten: „Dank' schön, gnädiger Herr", wenn wir geknutet wurden. Eines Sommers nun — ich war damals ein stämmiger Junge von 16—17 Jahren — gedieh die Ernte auch nicht; ungünstiges Wetter ließ die Frucht nicht zur Reife kommen, und das Wenige, was reif wurde, schlug der Hagel zusammen, da wütete der Hunger fürchterlich unter uns, gerade, wie jetzt wieder, drüben in den Provinzen. Wir bekamen Tage lang keinen Bissen zu essen, und der Hungertyphus brach aus. Wir waren sieben Geschwister zu Hause, ich war der älteste, das jüngste Kind, die kleine Olga, war erst drei Jahre alt. Wir heulten und winselten oft, daß meiner armen Mutter das Herz im Leibe zersprang. Da hielt sie den Kummer nicht mehr aus und stahl eines Abends ein Brod im Herrenhause. Ach, du mein Gott, die arme Frau! Wie heute seh' ich's noch, wie sie ertappt wurde, und wie der gnädige Herr mit der Knute aus dem Hause trat und sie zu Boden schlug. Ein Knecht mußte sie entkleiden. Herr, dann erhielt sie ihre Tracht, daß man ihr Geschrei durch's ganze Dorf hörte. Ich stand dabei und sah das rote Blut von ihrem Rücken herabfließen. „Erbarmen, Erbarmen!" jammerte sie, aber der Unmensch trat sie mit Füßen und schlug immer von Neuem los. Da hielt ich mich nicht mehr, Herr, ich stürzte mich auf ihn, riß ihm die Peitsche aus der Hand und schlug ihn zu Boden mit der geballten Faust!"

Der Brodjag hielt inne und atmete tief, so mächtig regte die Erinnerung an den Vorfall noch nach so langen Jahren ihn auf.

„Was war die Folge?" fuhr er nach einer Weile höhnisch fort, „ich machte den Weg hier zum ersten Male. Zwölf Jahre arbeitete ich in den Minen, dann hielt ich's nicht mehr aus, der Drang nach der Heimat erfaßte mich. Ich wollte meine Mutter, meine Geschwister noch einmal wiedersehen. Ich entfloh, und eine fürchterliche Flucht war's, kann ich Euch sagen. Ebenso schlimm, wie die Hinreise, denn ich kannte die Schliche noch nicht und hin wurden wir damals noch mit der Post befördert. Ich erreichte mein Dorf aber doch wieder. Meine Mutter war gestorben — an den Schlägen des Gutsherrn, meine Geschwister fand ich in dem elenden Zustande, in dem die Leibeigenen sich gewöhnlich befanden.

(Fortsetzung folgt.)

*) Anmerkung. Kennan berichtet (Sibirien, I, 7. Kapitel) von Verbannten, die sechzehnmal den Weg nach den Minen in Fesseln zurückgelegt, also 32mal Ost-Sibirien durchkreuzt haben.

**) Brodjag: Vagabund.

eingeführte gesundheitsschädliche Margarine müsse strengen Kontrollmaßregeln unterworfen werden.

Abg. Dr. v. Krzyminski (Pole) tritt für die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission ein. Er sei mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden, man dürfe aber nicht zu scharf vorgehen.

Hierauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Debatte. Justiznovelle).

Schluß 4½ Uhr.

Finckenstein contra Drescher.

Eine neue Wendung hat das Nachspiel zum Fall Hammerstein durch eine Antwort des Grafen Finckenstein auf die vom Oberstaatsanwalt Drescher gegen ihn im Prozeß Rauch erhobenen Beschuldigungen genommen. Die „Kreuz-Zeitung" druckt heute einen augenscheinlich nach dem Stenogramm gearbeiteten Bericht des „Hannoverschen Couriers" über die Prozeßverhandlungen ab. Im Anschluß daran veröffentlicht sie folgende Erklärung des Grafen Finckenstein:

Erklärung!

Am 21. Juli 1895 ist der Kaufmann Flinsch bei mir in Trossin gewesen und legte mir einen Vertrag aus dem Jahre 1890 vor, dessen Unterschrift, soviel ich mich erinnere, wie folgt lautete: „Verlag der „Neuen Preußischen Zeitung", Graf Finckenstein. Im Auftrage: Frhr. v. Hammerstein." In diesem Vertrage war davon die Rede, daß der Verlag der „Neuen Preußischen Zeitung" von Flinsch ein Darlegn von 200 000 Mark für Zwecke der „Kreuz-Zeitung" erhalten habe. Ich ersuchte Herrn Flinsch um die Erlaubnis, von dem Vertrage eine Abschrift nehmen zu dürfen. Flinsch verweigerte dies. Am 25. Juli fand alsdann meine erste gerichtliche Vernehmung statt. Ich habe dem betreffenden Richter auf alle an mich gestellte Fragen ohne jeden Rückhalt geantwortet und auch bezüglich des Papierlieferungs-Vertrages nach der eigenen Aussage des Oberstaatsanwalts Drescher entsprechende, ausführliche Angaben gemacht.

Daß ich damals nicht bereits die in Frage stehende Fälschung ausdrücklich erwähnte, wie dies alsdann nach der umgehend auf den 1. August anberaumten Komiteesitzung in Gestalt einer entsprechenden Mitteilung an die Staatsanwaltschaft geschehen ist, erklärt sich daraus, daß ich selbstverständlich eine solche Anzeige erst nach Rücksprache mit dem Komitee im Auftrage desselben erstatten konnte. Da, wie gesagt, p. Flinsch sich weigerte, mich eine Abschrift von dem Vertrage nehmen zu lassen, und ich bei einer so schwerwiegenden Angelegenheit nicht auf mein Gedächtnis allein angewiesen sein wollte, erging an den Frhrn. v. Hammerstein am 27. Juli Nachmittags die telegraphische Aufforderung, sofort telegraphisch über dies Darlehnsverhältnis Auskunft zu geben. Auf diese Depesche ging eine telegraphische Nachricht ein, daß Freiherr von Hammerstein zu seinem Frankfurter Rechtsanwalt gereist sei und in wenigen Tagen selbst in Berlin eintreffen werde. Da dies jedoch bis zur Komiteesitzung am 1. August nicht geschehen war, ist alsdann an demselben Tage folgende Anzeige an die königliche Staatsanwaltschaft mit eingeschriebenem Brief abgesandt worden:

„Berlin, 1. August 1895. Der königl. Staatsanwaltschaft mache ich im Namen des Komitees der „Neuen Preußischen Zeitung" die nachfolgende Mitteilung:

Am 21. Juli ist mir durch den Herrn Ferdinand Flinsch — Lindenstr. 70 — ein Vertrag d. d. Berlin, 29. Juni 1890 nebst zwei Wechselaccepten vorgelegt worden, dessen Unterschriften, soweit sie von mir herrühren sollen, gefälscht worden sind. Da unter dem fraglichen Vertrage auch die Unterschrift des Freiherrn v. Hammerstein steht, ist derselbe am Sonnabend, den 27. Juli, telegraphisch zur Erklärung über diese Thatsache aufgefordert worden, jedoch ohne daß dieser Aufforderung bis heute genügt worden wäre.

Wir ersuchen daher um gefällige weitere Veranlassung in dieser Angelegenheit.

J. A.: Graf Finck v. Finckenstein."

Diese Anzeige ist denn auch am 2. August bereits bei der königlichen Staatsanwaltschaft eingegangen. Nach der Ansicht des Herrn Oberstaatsanwalts Drescher ist die Anzeige „zweideutig und rätselhaft" gewesen.

Diese Bezeichnung dürfte angesichts des Wortlauts der Anzeige in Verbindung mit der Thatsache, daß ich selbst, der sie unterschrieben hatte, bereits am 25. Juli vernommen worden war und den Papierlieferungsvertrag dabei erwähnt hatte, wohl kaum zutreffend erscheinen. Würde die Staatsanwaltschaft damals irgend welche Aufklärung für nötig erachtet haben, so wäre selbstverständlich nichts einfacher gewesen, als daß sie mich sofort vernehmen ließ, während dies erst am 9. September, also über fünf Wochen nach Eingang der Anzeige geschehen ist. Nicht genug aber damit, daß diese so dringliche Angelegenheit betreffs meiner Vernehmung so lange ruhte, erging datiert vom 17. September, ein Schreiben des Herrn Oberstaatsanwalts an mich, dessen Eingang wie folgt lautet:

„In der kürzlich veröffentlichten Erklärung des Komitees der Kreuz-Zeitung ist mitgeteilt, daß dasselbe Veranlassung genommen habe, die Unterlagen für ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Freiherrn v. Hammerstein der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Bislang ist indessen eine hierauf bezügliche Mitteilung des Komitees bei mir nicht eingegangen; wohl aber habe ich bereits anfangs Juli cr. Veranlassung genommen, von amtswegen den in den öffentlichen Blättern damals gegen den Frhrn. v. Hammerstein erhobenen Vorwürfen näher zu treten. . . ."

Da ich aus diesem Schreiben entnehmen mußte, daß die Strafanzeige vom 1. August auch noch am 17. September nicht zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangt war, ist darauf von mir dem Herrn Oberstaatsanwalt eingehender Bericht erstattet worden.

Wie unter Berücksichtigung dieser Thatsachen der königliche Oberstaatsanwalt Drescher bei seiner Vernehmung als Zeuge und angesichts weiter der Thatsache, daß er unter völliger Ignorierung der Anzeige vom 1. August und meiner zweiten Vernehmung vom 9. September 1895 erst am 17. September weiteres Material eingefordert hat, sich dahin äußern kann, daß meinerseits die Sache verschleppt und verzögert sei, vermag ich nicht einzusehen. Ebenso muß der weitere Vorwurf, daß die Depesche vom 27. Juli an den Frhrn. von Hammerstein denselben veranlaßt habe, sich seitdem versteckt zu halten, unzutreffend erscheinen. Denn der Oberstaatsanwalt Drescher hat selbst bekundet, daß nach einer an ihn ergangenen Mitteilung des K. K. Bezirksamts Innsbruck auf seine erst am 29. September erlassene Depesche der Frhr. von Hammerstein sich bis vor drei Wochen, d. h. also bis etwa den 8. September, thatsächlich sogar noch in Sistrans aufgehalten hat.

Ich fühle mich daher von einem etwaigen Vorwurfe, der mich in dieser Angelegenheit treffen könnte, in jeder Beziehung frei.

Graf Finckenstein.

Berlin, den 9. Januar 1896.

In der vorstehenden Erklärung sucht der Herr Graf die schweren Beschuldigungen die Oberstaatsanwalt Drescher gegen ihn erhoben hat, zu entkräften und sich rein zu waschen. Er erzählt uns viel, scheitert aber wie alle Leute in ähnlichen Umständen an den Zahlen und Daten. Seiner eigenen Darlegung nach erhielt er am **21.** Juli durch Flinsch Kenntnis von dem famosen „Darlehnsverhältnis", wartete erst eine gerichtliche Vernehmung am 25. Juli ab, ließ dann noch zwei Tage verstreichen, und forderte am **27.**, also nach Verlauf von sechs Tagen, Hammerstein telegraphisch auf, „sofort über dies Darlehnsverhältnis Auskunft zu geben". Das „sofort" ist köstlich, nachdem sechs mal 24 Stunden vergeudet worden sind.

Natürlich antwortete Hammerstein nicht; und Graf von Finckenstein wartet nun geduldig vier weitere Tage, bis zum 1. August, und erst dann entschließt er sich zu einer Mitteilung an die Staatsanwaltschaft. (Siehe den obigen Brief vom 1. August)

Ist es so dem Grafen Finckenstein auch keineswegs gelungen, die gegen ihn aus dem Hannoverschen Prozeß hervorgehenden Vorwürfe der Verschleppung der Hammerstein-Sache völlig zu entkräften, so hat er doch Thatsachen zur Sprache gebracht, die eine sofortige Rückäußerung des Oberstaatsanwalts Drescher dringend erforderlich machen. Merkwürdigerweise ist diese Seite der Sache den meisten bürgerlichen Zeitungen, z. B. der „Voss. Ztg." und dem „Tageblatt", entgangen. Nur die „Nationalzeitung" schreibt, in diesem Falle mit anerkennenswerter Objektivität, über die erstaunliche Verzögerung des Erlasses eines Verhaftungsbefehls bis zum 9 September:

„Allerdings ist in der Anzeige Hammerstein nicht ausdrücklich als der Fälscher bezeichnet, aber einen etwaigen Zweifel hierüber konnte und mußte die Staatsanwaltschaft sofort aufklären. Angesichts der Erklärung des Grafen Finckenstein erscheint es sehr bedauerlich, daß dieser nicht als Zeuge zu der Strafkammer-Verhandlung in Hannover geladen war. Eine dem zweiten Teil seiner Erklärung entsprechende Aussage wäre, falls Oberstaatsanwalt Drescher sie nicht etwa widerlegen konnte, vielleicht für das Urteil gegen den angeklagten sozialdemokratischen Redakteur von Belang gewesen. Jedenfalls wird die hiesige Staatsanwaltschaft auf die Angaben des Grafen Finckenstein nicht schweigen dürfen."

Hauptsächlich wird Herr Drescher sich noch näher darüber äußern müssen, wie die Staatsanwaltschaft dazu kam, jenen Finckensteinschen Brief vom 1. August einem neuen Untersuchungsrichter als „Sache Flinsch" zu übergeben und dieses wichtige Aktenstück der „Sache Hammerstein" zu entziehen. Stellt man sich selbst einmal auf den Boden der Dreschersche Auffassung, daß der Brief zweideutig war, so war er doch jedenfalls nicht eindeutig belastend für Herrn Flinsch, sondern mindestens ebenso belastend für Herrn von Hammerstein. Herr Drescher hat aber selbst erklärt, daß die Staatsanwaltschaft nur auf die Suspension Hammersteins, die am 9. Juli erfolgte, gewartet habe, um energisch gegen ihn vorzugehen. Wie konnten da der nämlichen Behörde noch Zweifel aufstoßen, ob vielleicht auch auf Grund des Finckensteinschen Briefes vom 1. August neue Anklagemomente gegen diesen sowieso schlimm verdächtigen Mann sich ergaben? Momente, die die Ueberweisung des Finckensteinschen Briefes an den Untersuchungsrichter in der Hammerstein-Sache ratsam machen? Da mußte erst bei Finckenstein um nähere Erläuterung gebeten werden, und mittlerweile wanderte der Brief in eine andere Rubrik hinein. Die Auskunftserlangung bei Finckenstein verzögerte sich aber bis zum — 9. September durch dieses, durch jenes Hindernis!

Das spricht nicht für den kriminalistischen Scharfsinn und die kriminalistische Schnelligkeit der Berliner Staatsanwaltschaft.

Weitere Aufklärung ist dringend erforderlich. Vielleicht wird sie dadurch herbeigeführt, daß das Reichsgericht dem Revisionsantrage unseres Genossen Rauch stattgiebt.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Januar. Ultramontane und staatsretterische Ketzerrichterei. Im Verlage der „Germania" ist jüngst ein Schriftchen erschienen, daß für die Wiederherstellung der Glaubenseinheit, wie sie der Katholizismus biete, in fanatischer Weise eintritt. Es heißt darin u. a.:

„Der wohlthätigen Wachsamkeit der heiligen Inquisition ist der religiöse Friede, sowie auch die Glaubensfestigkeit zu verdanken, die den Adel der spanischen Nation ausmacht. O, seid gesegnet, ihr flammenden Scheiterhaufen, durch die einige wenige und dazu verschmitzte Subjekte beseitigt, jedesmal aber hundert und aber hundert Seelen aus dem Schlunde der Irrlehre und vielleicht auch der ewigen Verdammnis errettet worden sind, und auch die bürgerliche Gesellschaft, geschützt wider Zwietracht und Bürgerkrieg, jahrhunderte lang in Glück und Wohlfahrt erhalten blieb!"

Der Entrüstung, die sich über diesen Wahnwitz in der nationalliberalen Presse kund gegeben hat, hält die „Ethische Kultur" mit vollem Recht die ganz gleichwertigen Gehässigkeiten entgegen, die Fürst Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" gegen die Sozialdemokratie losgelassen hat: „Nur gemach, ihr Herren! Was dort steht, das ist Geist von eurem Geiste. Was dort gegen die kirchliche Ketzerei gefordert wird, das fordert ihr gegen die soziale Ketzerei. Oder warum habt ihr geschwiegen, als euer Götze in seinem Leiborgan folgende brutale Gewissenlosigkeit in die Welt gehen ließ:

„Und wenn die Sozialdemokratie durch neue Maßregeln nach Art des Sozialistengesetzes „zur Verzweiflung" getrieben würde und zu einem gewaltsamen Angriff auf Staat und Gesellschaft sich hinreißen ließe, so wären zwar die Opfer der Abwehr dieses Angriffes sicherlich zu bedauern, aber wenn danach die Sozialdemokratie an der Ausführbarkeit ihrer Utopien schließlich verzweifelte, so würde das doch nur ein Vorteil für das deutsche Reich sein, und jedes Ausnahmegesetz, das zu dieser Entwickelung beitragen könnte, wäre damit allein schon gerechtfertigt."

Es dürfte allerdings schwer halten zu sagen, was von einer niedrigeren Gesinnung zeugt: die Scheiterhaufenbegeisterung jenes ultramontanen Zeloten, oder die feige Lockspitzelidee, politische Gegner durch ausnahmegesetzliche Provokationen zu Putschen zu reizen, um sie dann mit dem Achtmillimetergewehr niederschmettern zu können.

— Zum Disziplinarprozeß Wehlan berichtet die „Nat.-Ztg.", daß wahrscheinlich Berufung an den Disziplinarhof in Leipzig eingelegt werden wird. Anscheinend offiziös schreibt die „Nat.-Ztg." im Anschluß an diese Nachricht:

Auf Grund von Aeußerungen in der Potsdamer gerichtlichen Verhandlung, die offenbar von den Berichterstattern nicht korrekt wiedergegeben sind, glauben einzelne Blätter, daß in den deutschen Kolonien weitgehende Rechtlosigkeit gegenüber Ausschreitungen wie die Wehlanschen herrsche. Das ist durchaus unbegründet. Nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse in den Schutzgebieten unterliegt es gar keinem Zweifel, daß für die dort lebenden Weißen, also auch die Kolonialbeamten, das deutsche Strafgesetzbuch gilt. Hinsichtlich der Eingeborenen verhält es sich verschieden; in Kamerun stehen dieselben in strafrechtlicher Beziehung unter ihrem alten Rechte und den eingeborenen Häuptlingen, die es handhaben. Was die Handlungen des Assessor Wehlan, wegen deren er vor der Potsdamer Disziplinarkammer stand, betrifft, so hat, wie wir hören, schon vor einiger Zeit eine Erörterung stattgefunden, ob wegen derselben auch strafrechtlich gegen ihn vorzugehen sei. Die Frage ist verneint worden, weil die Anwendung der bezüglichen Bestimmungen des Strafgesetzbuches auf die Ausschreitungen des Assessors Wehlan aus speziellen thatsächlichen und rechtlichen Erwägungen nicht thunlich schien. Es bleibt abzuwarten, ob die Staatsanwaltschaft nach dem Abschluß des Disziplinarverfahrens auf Grund der Ergebnisse desselben zu einer anderen Auffassung gelangt. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß die Eingeborenen der Kolonien in rechtlicher Beziehung schutzlos gegenüber den Weißen, namentlich den Beamten wären. Es kommt nur darauf an, daß zu ihrem Schutze die geltenden Gesetze ernstlich gehandhabt werden.

Darnach zu urteilen, könnte ja das Nachspiel eventuell noch interessanter werden, als das Disziplinarverfahren.

Diedenhofen. Nach den bisherigen Meldungen sind für Schleicher (Soz.) 3171, für Charton (Els.) 10 790 Stimmen abgegeben worden. Die Resultate aus einigen Ortschaften fehlen noch.

Metz. Nach bisheriger Feststellung erhielt im Wahlkreise Metze Pierson (Elsaß-Lothringer) 8832, Martin (Sozialist) 3869 Stimmen. Aus zwei Gemeinden steht das Ergebnis noch aus. In den Orten Ars-sur-Moselle, Borny, Jouy-aux Arches, Rozerieulles, Sainte-Ruffine und Servigny-les-Sainte-Barbe haben unsere Parteigenossen eine größere Stimmenzahl erreicht als die Gegner.

Münster. Ueber die Zukunft des Zentrums hat der Zentrumsabgeordnete Frhr. v. Heeremann hier eine Rede gehalten, in der er sich wie folgt ausließ:

„Gern gebe er zu, daß große Gefahren für das Zentrum beständen; das in letzter Zeit sich in den Vordergrund drängende Streben nach Vertretung von Einzelinteressen, auch Mißverständnisse und Zwieträchtigkeiten erschwerten manchmal dem Zentrum seine Aufgabe. Indessen seien das doch alles nur kleine Nebenerscheinungen, der eine große Gedanke beherrsche auch heute noch das Zentrum, daß man für den lieben Gott arbeite, anderenfalls würde er mit den meisten vom Zentrum nach Hause gehen. Auch die Wähler sollten sich von diesem Gedanken leiten lassen, dann leide das Zentrum und die katholische Kirche in Deutschland keine Gefahr, dann werde der Fraktion der Segen Gottes nicht fehlen. Wähler wie Gewählte müßten in diesem Gedanken leben und arbeiten, dann sei kein Grund zur Entmutigung vorhanden. Wer hätte z. B. vor 25 Jahren gedacht, daß der hitzige Kulturkampf so rasch ein Ende nehmen würde! Es bleibe freilich noch genug zu thun übrig; eine Erleichterung sei wohl erkämpft, aber der Geist, der die Maigesetze geschaffen, lebe noch, und wenn er es vermöge, werde er den Kampf gegen die katholische Kirche und unsere heiligsten Rechte mit größerer Erbitterung wieder aufnehmen: es heißt also weiter kämpfen, und das wollen und werden wir thun. Er, der Redner, sei freilich alt geworden und werde nicht mehr lange mitthun können, aber daß es so bleiben möge wie bisher, daß die Einigkeit und Festigkeit nicht erschüttert werde im Zentrum, darauf setze er seine Hoffnung."

Der Redner erkennt die Situation offenbar nicht vollständig, wenn er glaubt, daß die „Vertretung von Einzelinteressen" nur kleine Nebenerscheinungen seien. Im Gegenteil beherrschen sie das gesamte politische Leben immer mehr. Und das Zentrum kann sich heute schon dem Einflusse derselben nicht mehr entziehen. Der Rückblick auf eine verflossene Kampfperiode wird auf die Dauer kein genügendes Band für die auseinanderstrebenden verschiedenartigen Elemente des Zentrums bilden, mag man den Leuten auch noch so eindringlich predigen, daß „der Geist der Maigesetze noch lebe".

Aus dem Auslande.

Kuba. Ueber die Stimmung in Havanna telegraphiert der dortige Korrespondent der Newyorker „Tribune":

„Es ist höchst unwahrscheinlich, daß der gegenwärtige Stand der Dinge lange dauern kann. Die noch feldtüchtigen Kompagnien des Marschalls sind weit weg im Innern; ihre Siege sind in Wirklichkeit Erfolge der Aufständischen gewesen. Die große spanische Armee ist ein wüster Haufen kranker, undisziplinierter Burschen geworden, die gegen stolze, kräftige, durch eine Reihe von Bedrückungen und Verfolgungen zur Verzweiflung gebrachte Menschen kämpfen sollen. Der Ausgang kann nicht ungewiß sein. Mit der Herrschaft der Spanier ist es vorbei. Das liegt in der Luft. Havanna, das anscheinend friedlich unter den Kanonen des Morro schläft, weiß es. Der reiche und üppige Kaufmann fühlt es; die Menge, die träge in den Straßen geht und kaum zu sprechen und nie zu lächeln wagt, hofft es und die Armen beten darum. Man

fragt sich, ob Spanien noch einen Freund hier hat. Diese reiche und schöne Stadt, der Stolz der Kubaner und gegenwärtig die letzte Stütze der Spanier, ist der Gnade der großen Kanonen des Morro-Kastells preisgegeben. Diese Kanonen sind nicht gegen die Bay oder gegen die Seeseite, zu deren Schutze, gerichtet, sondern kehren ihren grimmigen Schlund gerade gegen die Stadt, der sie beständig die Zerstörung androhen. Die Parteigänger der Spanier sagen es auch offen: „Wenn die Spanier geschlagen werden und die Insurgenten die Stadt angreifen, dann wird die Stadt bombardiert, daß kein Haus stehen bleibt.“ Das wäre der würdige Schlußakt der Tragödie, die nun schon so lange spielt.“

Hiernach würde der schönen Stadt das gleiche gräßliche Schicksal von beiden Seiten drohen: die Insurgenten würden sie in Brand stecken, um den letzten Stützpunkt der Spanier zu zerstören, und die Spanier würden sie zusammenschießen, um zu verhindern, daß sie ein Hauptstützpunkt der Insurrektion werde. Hiernach darf man den weiteren Ereignissen mit Spannung entgegensehen.

Ostafrika. Die „Agencia Stefani“ meldet aus Massaua: General Baratieri teilt Briefe des Kommandanten von Makalle vom 1. d. M. folgenden Inhalts mit: Heute früh zogen von Selicot feindliche Kolonnen heran und entwickelten sich im Süden des Forts. Seitlich von Selicot defilierten Heeresabteilungen. Um 10 Uhr zogen sich unsere südwestlichen Vorposten nach Sprengung der vorgeschobenen Festungswerke vor dem verstärkten Angriff zurück. Mittags wurde der Angriff eingestellt und bald wieder aufgenommen von allen Seiten, ausgenommen von Norden her. Feindliche Geschosse aus Schnellfeuerkanonen gehen über das Fort hinweg. Der Angriff wird lebhafter, das ganze Lager Meneliks entfaltet sich. Bisher sind einige Tote bei den Italienern. Die feindlichen Verluste sind beträchtlich. In der Nacht wurde der Angriff ganz eingestellt. Der Feind zog sich nach dem Lager zurück. Baratieri fügte hinzu, zwei weitere Bataillone und eine Batterie trafen in Adigrat ein.

Südafrika. Nach einer Meldung aus Johannesburg knüpft Präsident Krüger an die Auslieferung Jamesons die Bedingung, daß England auf die Suzeränität über Transvaal verzichtet.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 13. Januar.

— **Unglücksfall.** An der Bleichstraße waren Freitag Nachmittag drei Personen beim Verbringen von Baumstämmen von der Straße in den Hof beschäftigt. Der dabei beschäftigte unverheiratete 20jährige Maurer Otto Stroß aus Halle a. S. wurde beim Abwerfen eines ca. 3 Centner schweren Stammes mit zu Boden gerissen und geriet dabei mit dem Kopf zwischen den fallenden Stamm und die schon liegenden Stämme. Stroß erlitt einen Bruch der Schädeldecke, daß der Tod alsbald eintrat. Statt auf die linke Schulter, nach welcher Seite abgeworfen werden mußte, hatte Stroß den Baum auf die rechte Schulter genommen. Er konnte den schweren Stamm beim Werfen nicht über den Kopf heben, und so wurde Stroß mit niedergerissen. (W. Z.)

Löhne, 12. Januar. Heute hat hier die erste der von Iskraut für Minden-Ravensberg angekündigten Versammlungen stattgefunden; dieselbe war nicht nur überfüllt, nein, weit mehr Personen, als im Versammlungslokal selbst Platz hatten, blieben draußen stehen und warteten der Dinge, die da kommen würden. Anhänger Iskrauts waren nur sehr wenige da, außer ein paar Sozialdemokraten und Freisinnigen bestand das Gros der etwa 300 im Saale befindlichen Personen aus Konservativen. In seiner Rede, welche über zwei Stunden dauerte, erzählte Iskraut zunächst, wie er nach Minden-Ravensberg gekommen sei und was er dann für eine Thätigkeit entfaltet habe. Er behauptete, er habe nur aus Liebe zur christlich-konservativen Sache eine unkündbare Stellung im Brandenburgischen aufgegeben, weil er glaubte, hier der christlich-konservativen Sache besser dienen zu können. So habe er denn in Bielefeld den Kampf gegen die Sozialdemokratie begonnen, indem er Versammlungen einberief, welche auch von Sozialdemokraten zahlreich besucht worden wären. Als er aber in einer dieser Versammlungen gegen das Gebahren des kapitalistischen Eisenringes, welcher dieselben Schienen, die er nach Rumänien für 50 M. verkaufe, sich von der preußischen Regierung mit 150 M. bezahlen lasse, sich geäußert habe, da sei ihm dies von dem Geh. Kommerzienrat Delius, welcher an der Spitze des Komitees, das ihn engagiert hatte, stand, verwiesen worden. Er dürfe die Arbeiter nicht so gegen die Unternehmer aufhetzen. Darauf habe er geantwortet, er könne nicht anders sprechen, und sei dies der eigentliche Grund von seiner Entlassung gewesen. Iskraut kam dann auf die Vorgänge bei der Wahl und kündigte an, daß die christlich-konservative Partei von Minden-Ravensberg aufgehört habe, lebensfähig zu sein, weil sie sich in die Abhängigkeit des freikonservativen Kapitalismus begeben habe. Deswegen würden sich die Heuerlinge und Kuhbauern immer mehr von dieser Partei abwenden, und daß diese nicht in die Hände der freisinnigen und besonders der sozialdemokratischen Partei fallen, darum sei er, Iskraut, jetzt aufgetreten. Natürlich waren diese Ausführungen von dem üblichen Geschimpfe auf die Sozialdemokratie begleitet. Nach Iskraut kam unser Genosse Hoffmann aus Bielefeld zum Wort, welcher die Gelegenheit wahrnahm, der Versammlung etwas von dem Wesen der Sozialdemokratie zu erzählen, und zu gleicher Zeit den wahren Charakter der sogenannten christlich-konservativen Partei zu beleuchten. Der Eindruck, welchen diese Ausführungen auf die Anwesenden machten, konnte weder durch die unartigen Unterbrechungen, durch welche Iskraut in seiner Eigenschaft als Vorsitzender den Redner zu belästigen suchte, noch durch Iskrauts Schlußwort zerstört werden. Im Gegenteil, die Versammlung hatte die Lust verloren, Iskrauts seichtem Gerede noch weiter zuzuhören, und so erhob sich während seines Schlußwortes ein ziemlicher Lärm, für welchen er mit gewohntem Anstand die Sozialdemokraten verantwortlich machen wollte. Wir haben später festgestellt, daß sich keiner von den sechs im Saal befindlichen Sozialdemokraten an dem Lärm beteiligt hatte. Und nun zum Schluß unseren Lesern noch eine Perle Iskrautscher Wahrheitsliebe. Iskraut hatte gesagt, daß Freisinn und Sozialdemokratie gegen das neue Börsengesetz stimmen würden. Darauf hatte Genosse Hoffmann geantwortet, der Redner der Sozialdemokratie, welcher übrigens die bei weitem beste Rede gegen die Börse gehalten, habe schon die Erklärung abgegeben, daß die Sozialdemokraten für das Börsengesetz stimmen würden. Und da tritt Iskraut hin und sagt in seinem Schlußwort, der Herr Hoffmann mache sich wohl den Umstand zu nutze, daß er, Iskraut, krankheitshalber bisher nicht im Reichstage habe anwesend sein können. Jedoch habe er die Verhandlungen des Reichstags ganz genau verfolgt und könne der Versammlung mitteilen, daß bis gestern Abend noch kein Sozialdemokrat zum Börsengesetz gesprochen habe! Herr Iskraut verteilte später Exemplare von der Hannoverschen Post vielleicht war in dieser Nummer gerade Schönlanks Rede, die er in der Freitagssitzung gehalten hat, enthalten.

Das Ergebnis der Versammlung ist: dem Iskraut hat sie nichts eingebracht, die Konservativen haben eine Niederlage erlitten und wir können mit ihr zufrieden sein.

Minden. Um der Verwilderung in der christlichen Gemeinde zu steuern, erlassen und verbreiten die Mitglieder der Kreissynode folgende „Ansprache an die Gemeinde des Sydonalkreises über die Kirchenzucht“:

„Von Jahr zu Jahr nehmen die groben Laster, wie Unzucht, Trunksucht, Sabbathschändung, Rohheiten aller Art, in unserm Volke und leider auch in den Gemeinden unseres Kirchenkreises zu. Die Klage darüber erschallt aus dem Munde aller, welche noch wünschen, daß christliche Sitte und Ordnung unsern Gemeinden erhalten bleibe.

Was kann und muß geschehen, um der zunehmender Verwilderung und Zuchtlosigkeit innerhalb unserer christlichen Gemeinde zu steuern? Mit dieser ernsten Frage treten die unterzeichneten Pastoren und Presbyter der Synode Minden vor euch hin und legen euch dieselbe zur gewissenhaftesten Erwägung aufs Herz.

Der Zuchtlosigkeit kann nur durch die Zucht gewehrt werden. durch die Zucht des Hauses, durch die Zucht der Schule, durch die Zucht der christlichen Gemeinde.

Wo keine Zucht in den Häusern ist, kann auch in Schule und Gemeinde keine Zucht sein. Wo die Eltern sich nicht selbst täglich unter die Zucht des Wortes Gottes stellen, dürfen sie nicht darüber jammern, daß ihre Kinder das 4. Gebot so viel und frech übertreten. In wie vielen Häusern unserer Gemeinde diese Zucht fehlt, ist am Tage.

Mehr tägliche Erbauung der Hausgenossen aus dem Worte Gottes; mehr gemeinschaftliches Gebet in den Familien; mehr Erziehung von Alt und Jung im Geiste des heiligen, teuren Evangeliums ist uns not.

Die Zucht der Schule ruht auf der Zucht des Hauses. Die Klagen mehren sich in erschreckender Weise, daß die Erziehung der Schule nicht mehr von dem Hause getragen, nicht mehr von Vater und Mutter unterstützt werde. Streut die Schule den Glauben ins Herz der Kinder, was hilft es, wenn Vater und Mutter ungläubig sind? Gebraucht die Schule die Rute, was nützt es, wenn im Hause die strafende und züchtende Hand fehlt?

Liebe Christen, wägt alle, ob in euren Häusern die Zucht des Evangeliums täglich gehandhabt werde, und lasset euch diese heilsame Zucht mit allem Eifer empfohlen sein. Ihr Eltern, unterstützt die Zucht der Schule durch die Zucht des Hauses in rechter, christlicher Weisheit. Wehrt ihr nicht in thörichter Zärtlichkeit gegen eure Kinder. Ueberlaßt auch die Erziehung nicht allein der Schule, helft ihr vielmehr, ihre hohe und schwere Aufgabe zu erfüllen mit Gebet und Arbeit.

Neben der Zucht des Hauses muß die Zucht der christlichen Gemeinde hergehen. Die Gemeinde hat das heilige Predigtamt und soll durch dasselbe die Zucht des Wortes üben wider die Gottlosen.

Wehe, wehe, wenn die Träger des heiligen Predigtamts die Gottlosen nicht strafen wegen ihrer Sünde, wenn sie das Gute böse und das Böse gut heißen. Das Blut der Gottlosen wird nach Hesekiel Capt. 33 auf ihren Kopf kommen.

Und wehe, wehe, wenn die Gottlosen, welche Gottes Gebote wissentlich und willentlich übertreten, sich nicht strafen lassen wollen durch das züchtigende Wort ihrer Hirten und Seelsorger. Sie werden um ihrer Sünde willen sterben, wie Gott der Herr bei Hesekiel am 33. sagt.“

Es folgt nunmehr eine lange Begründung dafür, daß auch die Gemeinden die Kirchenzucht gegen die hartnäckigen Sünder in die Hand nehmen müßten, und dann schließt das Schriftstück.

„Geliebte in dem Herrn!

Die Gottlosigkeit und Zuchtlosigkeit wächst von Tag zu Tag. Der Zuchtlosigkeit ist die Zucht entgegenzusetzen, die Zucht des Hauses, die Zucht der Schule, die Zucht der christlichen Gemeinden.

Der Herr öffne uns allen die Augen gegenüber den großen Gefahren der Sünde in unserer Zeit! Er gebe uns allen die rechte Erleuchtung des heiligen Geistes aus seinem Evangelium, die Mittel der Zucht, welche er zur Rettung der Sünder verordnet hat, zu erkennen. Er verleihe uns den Gehorsam des Glaubens, diese Mittel im Wort und Gebot auch anzuwenden, — in rechter, christlicher Liebe und Erbarmung, aber auch im rechten Ernste und mit heiligem Eifer! Amen!

Die Mitglieder der Kreissynode (folgen die Namen).“

Dieses Schriftstück ist ein deutlicher Beweis dafür, wie ohnmächtig und wie blind die evangelische Kirche den sozialen Erscheinungen gegenüber dasteht. Zwar wir bestreiten, daß in neuerer Zeit eine besondere Verwilderung eingetreten ist. Diese Verwilderung hat während der 1000 Jahre, daß das christliche Kirchentum hier durch den fränkischen Wüterich Karl, genannt der Große, mit Feuer und Schwert eingeführt ist, immer bestanden, und das Kirchentum hat sich auch mit dieser Verwilderung recht gut vertragen. Jedenfalls hätte doch die christliche Kirche während der 1000 Jahre genug Zeit und Gelegenheit gehabt, die Verwilderung zu bekämpfen und zu besiegen, es ist ihr dies aber nach eignem Eingeständnis nicht gelungen. Wie friedlich und gemütlich Kirchengehen und Verwilderung neben einander existieren können, zeigen folgende unter einander stehende Artikel der N. G. Z., welche wir uns für einen derartigen Zweck wie den jetzt vorliegenden fürsorglich aufgehoben haben.

Gütersloh, 25. Nov. [Am gestrigen Totenfeste] waren die Kirchen hier fast überfüllt und auch auf dem Friedhofe bemerkte man trotz der unfreundlichen Witterung während des ganzen Tages ein Kommen und Gehen von Seiten derer, welche ihren im stillen Grabe ruhenden Angehörigen in Gestalt von Kränzen und Blumen ein Zeichen der Liebe darbrachten. Selbst mit den Bahnzügen kamen viele Auswärtige mit Kränzen und Blumengewinden nach hier, um solche auf Grabhügeln des hiesigen Totenhofes niederzulegen.

Gütersloh, 25. Nov. [Welche Rohheit] Der Abend des Totenfestes ist in unserer Stadt sehr unrühmlich verlaufen. Auf unseren Straßen konnte man schon vor 11 Uhr wüstes Brüllen und Johlen hören; von den Beamten der Sicherheit zur Ruhe verwiesen, erwiderten die Frechen, es sei noch nicht 11 Uhr, jetzt könnten sie noch auf der Straße machen, was sie wollten, es hätte ihnen keiner was zu sagen. Die Verhaftung und Einsperrung der Tumultuanten war natürlich die Folge. — Ohne Blut ist es leider auch gestern nicht abgegangen. Zwei Arbeiter hiesiger Stadt, von denen einer in Nordhorn wohnt, wurden gegen 11 Uhr von dem Zigarrenarbeiter Petering angefallen und mit dem Messer furchtbar bearbeitet und zwar ohne irgend eine Veranlassung. Bei dem einen Verletzten drang die Spitze des Messers durch die Schulter tief ein; nur noch ein wenig tiefer und das Leben war gefährdet. Der andere hatte nicht weniger als vier Kopfwunden, welche mit dem Messer beigebracht waren. Petering fand leider Genossen in dem Schmied Verleger und dessen jugendlichen Gesellen. Während erstere beide auf dem zur Erde Gestoßenen knieten und ihn so verhauten, rannte der dritte den Hilflosen mit den Absätzen vor den Leib. Es muß entsetzlich gewesen sein, wie diese Unholde zwei ruhige, friedliebende Bürger verarbeitet haben. Wenn das so weitergeht, werden wir für Gütersloh bald eine Brutalitäts-Statistik anlegen können. Mit welcher Rohheit solche Körperverletzungen ausgeführt werden, geht daraus hervor, daß am Abend vor Bußtag ein hiesiger Geselle von einem Fabrikarbeiter unter dem Vorwande von hinten angegriffen und mißhandelt ist: „Die fremden Gesellen müssen heran“.

Speziell hervorheben müssen wir hierbei, daß in Gütersloh die bösen Sozialdemokraten noch gar keinen Einfluß haben gewinnen können, höchstens unter den „fremden Gesellen, welche heran müssen“, könnten sich Sozialdemokraten befinden. Hier sind also die Frommen ganz unter sich.

Was nun das tausendjährige Wirken der christlichen Kirche nicht vermocht hat, das soll jetzt durch eine strenge Kirchenzucht erreicht werden! Wie gesagt, die Kirche ist den sozialen Schäden gegenüber ohnmächtig und blind. Aber die geplante Kirchenzucht hat noch eine besondere soziale Seite, welche wir beleuchten müssen. Sie richtet sich nur gegen die Sünden, welche in die Oeffentlichkeit gelangen, und das sind fast nur die Sünden der Armen, welche kein Geld haben, um im Geheimen sündigen zu können. Nun ist ja richtig, gegen etwas, was nicht bekannt wird, kann nicht vorgegangen werden; das beweist doch aber nur den Klassencharakter der Kirchenzucht, welcher dann folgerichtig zur abscheulichsten Heuchelei führen muß. Es wird also gegen die öffentlichen Tanzbelustigungen der armen Leute scharf vorgegangen werden, und die Privatbälle der Reichen werden unangetastet bleiben. So wird's auch mit dem Schnapstrinken der Armen und dem Weintrinken der Reichen sich verhalten. Herr v. Hammerstein war gewiß ein hartgesottener Sünder; aber anstatt daß man gehört hätte, daß die Kirchenzucht gegen ihn angewandt worden wäre, stand er im Gegenteil an der Spitze derer, die sich Kämpfer für das Christentum nennen. Also auch hier finden wir die evangelische Kirche auf der Seite des Kapitalismus. Und zum Schluß wollen wir noch hinzufügen, daß über den Reichen, denen es ihr Geld erlaubt, heimlich zu sündigen, noch die Gewaltigen der Erde stehen, welchen es ihre Macht erlaubt, öffentlich zu sündigen. Auch gegen die öffentlichen Sünden dieser Gewaltigen haben die verschiedentlichen christlichen Kirchen niemals die Kirchenzucht angewendet; man denke nur an die Maitressenwirtschaft des katholischen Ludwig XV., an die zwei Frauen des griechisch-katholischen Alexander II., und die protestantische Kirche hat ja ein leuchtendes Vorbild an Luther, welcher ebenfalls dem Landgraf Philipp dem Großmütigen von Hessen erlaubte, eine zweite Frau hinzuzuheiraten. Also wie die Kirche immer auf der Seite der Mächtigen gestanden hat, so wird sich auch jetzt die Kirchenzucht gegen die Armen richten. Hoffen wir, daß sie dazu beitragen wird, die armen Leute aufzuklären, wo ihre wahren Freunde zu finden sind.

Münster. In dem hier seit kurzem weilenden Zirkus „Janely-Leo“, wo sich u. a. eine Löwenbändigerin produziert, gab es dieser Tage eine schlimme Aufregung. Die Bändigerin ließ neun Löwen durch brennende Reifen springen, feuerte im Käfig Revolverschüsse ab u. dergl. mehr. Eine Löwin hatte sich schon seit einigen Tagen widerspenstig gezeigt, am Samstag zerfleischte sie der Bändigerin die Schenkel und gestern, wo die Bedauernswerte trotz ihrer Verletzungen und trotz eingetretenen Wundfiebers vor das Publikum trat, fuhr die Bestie ihr an den Hals. Nur der Energie des Wärters, der das Tier mit einer zweizinkigen Gabel bearbeitete, und der thatkräftigen Hilfe des übrigen Zirkuspersonals gelang es, die Frau vor der Wut des Untiers zu retten. Ob sie aber mit dem Leben davon kommt, ist noch sehr fraglich.

Kunst und Litteratur.

Zwei Tage Etats-Debatte. Stenographischer Bericht der Verhandlungen des Reichstages über den Septemberkurs am 11. und 12. Dezember 1895. Berlin 1895. Verlag des „Vorwärts“ 96 SS. 8°. Preis 15 Pf.

Zu außerordentlich billigem Preise werden uns hier in guter Ausstattung die Etats-Debatten des Reichstages, die sich zum erheblichen Teile um den Septemberkurs drehen, geboten.

Wir brauchen nur auf die ganz ausgezeichnete Rede Bebels zu verweisen, um die Leser unseres Blattes auf den großen Wert der vorliegenden Broschüre aufmerksam zu machen.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 15. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Olmütz. — Zu Pestalozzis hundertfünfzigstem Geburtstage. Von Heinrich Schulz. — „Verhältnisse“ im deutschen Handwerk. Von Dr. Max Quarck in Frankfurt am Main. — Aus den Ergebnissen der bayerischen Agrar-Enquete. Von Adolf Müller und Dr. J. Schmidt. — Litterarische Rundschau. — Notizen: Ueber den

Zusammenhang zwischen Armut und Sterblichkeit. Zum Sinken der Preise auf dem Weltmarkt. Die Entwicklung der russischen Textilindustrie. Von M. Beer. — Feuilleton: Die Armen in Hamburg während des 16., 17. und 18. Jahrhunderts. Von Gustav Schönfeld. II.

Vermischtes.

Berlin. Am Montag gelang es dem Untersuchungsgefangenen Arbeiter Schanze aus dem Kriminalgerichtsgebäude zu entweichen. Am Nachmittage desselben Tages klingelte es bei dem Gerichtsdiener L. Die öffnende Ehefrau fand ein kleines Mädchen, welches ihr ein Packet übergab mit dem Bemerken, daß Herr Schanze die Kleider zurückschicke, „er habe sie nicht mehr nötig". Damit eilte die Botin davon. In dem Packet befanden sich die Gefängniskleider des Flüchtlings, der dadurch vorgebeugt hat, daß er wegen Unterschlagung zur Verantwortung gezogen werden kann.

Ein „kostbarer" Verbrecher. Die Verhaftung des Frhrn. v. Hammerstein und seine Ueberführung nach Brindisi hat bis jetzt dem preußischen Justizfiskus eine Kostenauslage von nahezu 2000 Mk. verursacht, eingerechnet alle Diäten und Reise-Auslagen der in Frage kommenden Polizei-Organe. Die Gesamtkosten werden sich schließlich im Falle des Transportes durch Italien, die Schweiz 2c. auf etwa 2500 Mk. belaufen, ohne die Verpflegungskosten, welche Preußen ebenfalls an die betreffenden fremden Staaten zurückzahlen muß.

Ahlwardt im Unglück. Aus den neuesten Nachrichten über das Auftreten Ahlwardts in Amerika ergiebt sich, daß sein Fiasko das denkbar größte ist. Bekanntlich hatten sich, so schreibt die „Magdeb. Ztg.", zur ersten Versammlung Ahlwardts in New-York nur 200 Personen eingefunden; der Eintrittspreis betrug 50 Cts., die Saalmiete aber 250 Dollars. Ahlwardt hatte also ein ganz gehöriges Defizit. In Brooklyn ging es ihm noch schlechter, da er überhaupt keinen Saal bekommen konnte. In Jersey City erhielt er zwar einen Saal, aber obgleich er den Eintrittspreis auf 25 Cents herabsetzte, fanden sich im ganzen nur 125 Personen ein. Ahlwardt hatte eine große Tournée nach dem Westen angekündigt, aber aus ihr kann nichts werden da er kein Reisegeld besitzt. Jetzt hat er mitteilen lassen, daß er vorläufig in New-York bleiben und erst nach Gründung der antisemitischen Organisation nach dem Westen abreisen werde.

Malmö, 6. Januar. Die Zuckerfabrick in dem benachbarten Orte Arlöf ist heute Nacht abgebrannt. Beträchtliche Mengen Zucker wurden durch das Feuer vernichtet; der Gesamtschaden wird auf 2 Millionen Kronen geschätzt. Der Brand war in der Raffinerie zum Ausbruch gekommen.

Wie die Neger in Ostafrika deutsch lernen, zeigt eine kleine Szene aus Sansibar. Einen Dampfer, der in Sansibar anlief, bestürmten, wie es bei der Ankunft von Schiffspassagieren gewöhnlich der Fall ist, beim Verlassen der Bote eine Menge Suahelis, die unter höllischem Lärm und in allen möglichen Sprachen ihre Fähigkeiten als Träger und Führer anpriesen. Sechs derartige Kerls rissen sich um den Reisenden, der dem „B. T." das Erlebnis mitteilt, und er war unentschieden, welchen er wählen sollte, als sich plötzlich die Sache entschied: Ein riesiger Suaheli drängte alle seine Konkurrenten zurück, schlug schneidig die Hacken zusammen, salutierte stramm mit der Hand am Fez und sagte mit schnarrender Stimme: Ich guter Führer, ich deutsch sprechen; Schweinehund, Saukerl, zu Befehl!! . . . . . So hatte der schwarze Bruder „deutsch" gelernt.

Vom sardinischen Räuberleben. Eine Bande von Verbrechern machte einen Raubanfall in Jerza; sie töteten drei Personen und verwundeten einen Gendarmen schwer.

Brissago, 9. Januar. Ein italienischer Zollkreuzer ist auf dem Lago Maggiore untergegangen. Der Dampfkessel des Schiffes explodierte in der Nähe von Luino. Die Besatzung von 12 Mann ist ertrunken.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen

Bekanntmachung

betreffend die Anzeigepflicht für die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine.

Vom 12. November 1895.

Auf Grund des § 10 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen, vom 23. Juni '88 / 1. Mai 1894 (Reichs-Gesetzbl. 1894) bestimme ich:

Für die Königlich Preußischen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und die Rheinprovinz wird vom 1. Dezember d. J. ab bis auf weiteres für die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine die Anzeigepflicht im Sinne des § 9 des erwähnten Gesetzes eingeführt.

Berlin, den 12. November 1895.

Der Reichskanzler.
J. V.: gez. v. Boettcher.

Indem ich vorstehende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntnis bringe, mache ich darauf aufmerksam, daß die Unterlassung oder Verzögerung der Anzeige gemäß § 65, Ziffer 2, des oben erwähnten Gesetzes mit Geldstrafe von 10 bis 150 M. oder mit Haft nicht unter einer Woche geahndet wird, sofern nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

Zugleich ordne ich im Auftrage des Herrn Ministers hiermit an, daß die Anzeigen an den Gemeinde- bezw. Gutsvorsteher zu machen und von diesem unverzüglich der Ortspolizeibehörde zu übermitteln sind. In den Stadtgemeinden ist die Anzeige direkt der Polizei-Verwaltung zu erstatten.

Minden, den 25. November 1895.

Der Regierungs-Präsident.
J. V.: gez. v. Lüpke.

Durch die **Buchhandlung „Volkswacht"** ist zu beziehen:

Das Arbeiterrecht.

Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung.

Mit Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen u. s. w.

Erläutert von

Arthur Stadthagen

früherem Rechtsanwalt Mitglied des deutschen Reichstags.

Preis pro Heft 20 Pfg. — Vollständig jetzt erschienen in 11 Heften.

Zur Massenverbreitung empfohlen!

Soeben erschie im Verlage des „Vorwärts":

Der Essener Meineidsprozeß.

Von Dr. Franz Lütgenau.

48 Seiten großoktav. **Preis 15 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Weit hinein in die bürgerlichen Kreise hat dieser Prozeß durch seine Einleitung, seinen Verlauf und das Geschworenenurteil Aufregung getragen und auch dort offene Mißbilligung gefunden, die in der Schrift durch die Stimmen aus der gegnerischen Presse für spätere Zeiten registriert ist. Erst durch die Schilderung der tiefen Klassenscheidung und Klassengegensätze in der rheinisch-westfälischen Industriehölle, aus denen der Verfasser den Prozeß erklärt, wird dieser verständlich und begreift man es, warum der Staatsanwalt durch den Hinweis auf die Streiks 2c. so offen an die Klasseninstinkte der Geschworenen appellierte. Auf diesem Boden ist auch der **Zeuge Münter** eine typische Erscheinung. Aus den Verhandlungen, denen der Verfasser selber beiwohnte, erbringt er den Beweis für die Unschuld der Verurteilten.

Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.

Buchhandlung „Volkswacht".

Broschüren, Statuten liefert schnell und saube Buchdruckerei **„Volkswacht".**

Mit 4 feinen Linsen und 3 Auszügen.

Fernrohre per Stück 3,20 Mk.

Starke Vergrösserung unter Garantie!

Jedes Fernrohr, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.

Preis-Katalog

sämtlicher optischer Waren, aller Arten Messer, Scheren, Schuss-, Hieb- und Stichwaffen versenden an Jedermann gratis und franko.

81 **Kirberg & Comp., Gräfrath** bei Solingen.

Soeben erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Der Prozeß Liebknecht.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

Preis 10 Pfennig.

Soeben ist erschienen und in der Buchhandlung „Volkswacht" vorrätig



Ein neues lustiges Lied mit Illustrationen. — Preis **10** Pfg.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung:

Protokoll
über die
Verhandlungen des Parteitages
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
zu Breslau
vom 6. bis 12. Oktober 1895.

68 Seiten. **Preis 30 Pfg.** (Porto 10 Pfg.), gebundene Exemplare 50 Pfg.

Die Verhandlungen über das **Agrarprogramm** machen den Breslauer Parteitag zu einem der bedeutungsvollsten der Partei und da diese Verhandlungen im Protokoll besonders ausführlich wiedergegeben sind, so wird das diesjährige Protokoll ganz besondere Beachtung finden. Im Anhang sind die verschiedenen Vorschläge der Agrarkommission im Wortlaute nebst der Frankfurter Resolution beigefügt, so daß das gesamte Material hier zusammengefaßt ist und dauernd als Nachschlagebuch benutzt werden kann.

Protokolle
über die
Verhandlungen der Parteitage
zu
Halle (1890), Erfurt (1891) und **Berlin (1892)**
— Preis à 50 Pfg. —

Köln (1893) — Preis 40 Pfg. —

Frankfurt a. M. (1894) — Preis 25 Pfg. —

sind, soweit der Vorrat reicht, zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld,
Schulstraße 20.

Nachruf.

Am Freitag, den 10. d. M. verstarb plötzlich infolge eines Unglücksfalles unser Kollege, der Maurer

Otto Stross
aus Halle a. S.

im Alter von 21 Jahren. [87

Der Verstorbene war stets bestrebt, die Interessen des Verbandes hochzuhalten und werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Leicht sei ihm die Erde.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
Zahlstelle Bielefeld.

Deutscher Schneider- und Schneiderinnen - Verband, Filiale Bielefeld.

Mitgldr.-Versammlung

am Montag d. 13. d. Mts., abends 9 Uhr,
in der **Central-Halle.**

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder u. Zahlung der Beiträge. 2. Wahl eines Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes. [74

Weil Wichtiges zu erledigen ist, erwartet man zahlreiches Erscheinen

Der Einberufer.

Verein deutscher Schuhmacher
Zahlstelle Bielefeld.

Montag, den 13. Januar, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Menke.

Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet [47

Die Ortsverwaltung.

Büreau Kreuzstraße 4.

Zahlungsbefehle, Klagen, Verträge, Bittschriften, Beschwerden, Reklamationen aller Art, Vermittelung von Geldgeschäften durch [3 37

Rempe, Rechtskonsulent.

Notizbücher

in verschiedenen Größen sind zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht".

Edmund Fischer

Musiklehrer,

Bielefeld, Bach Nr. 50,

übernimmt **Musik-Aufführungen aller Art bei Vereins- und Familienfestlichkeiten** und empfiehlt sich gleichzeitig zum Erteilen von **Geigen-** und **Zither-Unterricht** bei zivilen Preisen. [2881

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist vorrätig:

Ratschläge zur Leitung von Versammlungen.

48 Seiten mit Umschlag.

Preis 20 Pfennige.

Die Anschaffung ist den Vorständen aller politischen und gewerkschaftlichen Vereine warm zu empfehlen.

Die **Buchhandlung „Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstraße 20, hält angelegentlichst empfohlen:

Anarchismus und Sozialismus.

Von **Georg Plechanow.**

84 Seiten broch. — Preis 40 Pfennig.

Diese Schrift aus der Feder des bekannten russischen Sozialisten, der unter den sozialistischen Schriftstellern zu den ersten Theoretikern zählt, dürfte gerade unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen ganz besonderes Interesse beanspruchen. Sie füllt in unserer Parteiliteratur eine längst empfundene Lücke aus. In meisterhafter Darstellung entwickelt Plechanow, ausgehend vom utopischen Sozialismus, die Auffassungsweise des wissenschaftlichen Sozialismus, präzisiert scharf den Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus, sowohl in prinzipieller wie taktischer Hinsicht, und giebt in gedrängter, aber durchaus übersichtlicher Form eine Geschichte und Kritik der anarchistischen Theorien an Hand der von den Aposteln des Anarchismus vorliegenden Schriften, von Stirner, Proudhon, Bakunin angefangen bis herunter auf ihre Epigonen in der Gegenwart: Kropotkin 2c. Das Schlußkapitel enthält eine glänzende Abfertigung der Verwerflichkeit und Schädlichkeit der sogenannten „Propaganda der That".